

Ratschlag

Informationsschrift der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig

Ausgabe
Dezember 2010
NR. 63

Die Stadt und ihre Unternehmen: Die Leber kann den Kopf nicht heilen – der Kopf die Leber und sich selbst schon

von Malte Reupert



Es fehlt noch Geld zum ausgeglichenen Haushalt – was können die städtischen Unternehmen zusätzlich beitragen?

Auf den ersten Blick lässt sich gegen die alljährliche Geldbeschaffung nichts einwenden. Schließlich darf der Eigentümer eines Unternehmens Gewinne abschöpfen oder auch Kapital abziehen. Allerdings kann man das – ohne bleibenden Schaden – nicht beliebig wiederholen, vor allem, wenn von diesem Unternehmen gleichbleibende Leistung erwartet wird. Es

muss, soll es erfolgreich arbeiten, über Geld für seine Entwicklung verfügen. Dies aber funktioniert nur, wenn ein Teil des Gewinns zum Investieren einbehalten (thesauriert) wird. Andernfalls wird die Kapitaldecke dünner, das Unternehmen muss (höhere) Zinsen zahlen, wird fragil und krisenanfällig.

In Leipzig werden Probleme des städtischen Haushalts bislang einfach an städtische Unternehmen weitergereicht. Und sollte es unterm Strich nicht gleich-

gültig sein, ob die Stadt selbst oder eins ihrer Organe Kredite aufnimmt (nebenbei: die Stadt zahlt niedrigere Zinsen)? Nein, es ist nicht gleichgültig! Ein städtischer Haushalt, dem auf der Einnahmenseite permanent Geld fehlt, hat zu hohe Ausgaben. Dies ist eine kalkulatorisch objektive Tatsache, vollkommen unabhängig von politischen Bewertungen zur Notwendigkeit der Ausgaben oder zu chronischer Unterfinanzierung. Werden die fehlenden Einnahmen nun durch das

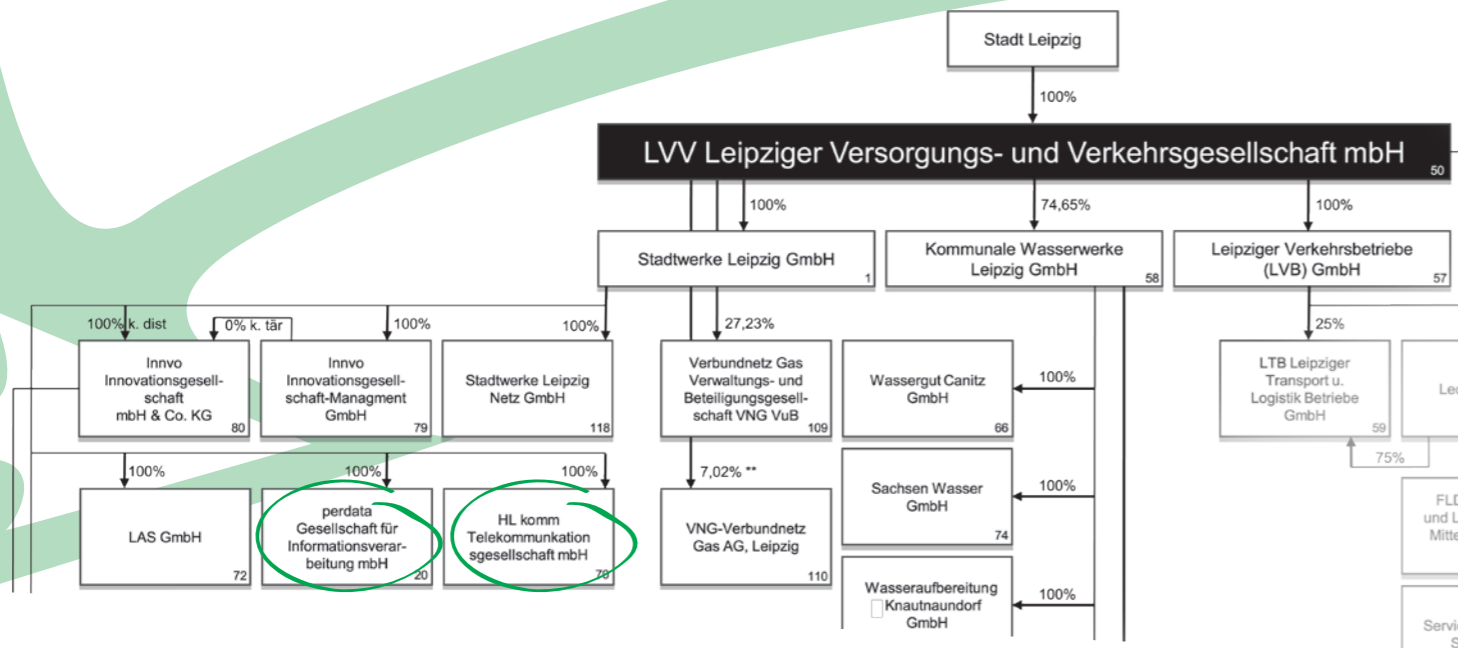
INHALT

Save me – Kampagne beschlossen	5
Wettbewerb: Stadt des fairen Handels	5
Schulbibliotheken brauchen Zukunft	8
Verschenkemarkt gestartet	8
Red Bull contra Naturschutz?	9
Sparen bringt Einschnitte	10
Solardachkataster – gekünstelte Probleme	11
Stadt hat Leitlinien zur Integration	12
Investitionsprogramm KP II mit Problemen	13
Projekt Straßensozialarbeit erfolgreich	13
IT muss „grüner“ werden	14
Schwule und Lesben im Alter	15

Welche Gründe zum Abwahlverfahren gegen Bürgermeister Faber geführt haben und wie prekär die Situation in der Kultur ist, beleuchten Ansgar Maria König und Wolfram Leuze auf Seite 3/4

Welche radikalen Veränderungen und Öffnung des Rathauses wir mit dem sperrigen Begriff „Informationsfreiheitsgesetz für Leipzig“ verbinden, berichtet Ingo Sasama auf Seite 6

Welche aktuellen Initiativen wir entfalten, um den Fluglärm und die Belastungen für die Anwohner am Flughafen erträglicher zu gestalten, beschreibt Oliver Fanenbruck auf Seite 7



„Ausquetschen“ der städtischen Unternehmen beschafft, so haben wir im nächsten Haushalt die gleichen zu hohen Kosten, allerdings muss zu deren Deckung etwas heftiger auf die Zitrone gedrückt werden. Irgendwann kommt nicht nur kein Saft mehr, sondern die Zitrone ist – Abfall.

Genau diesen Weg der Problemvertagung (sprich: -verschärfung) beschreitet die Stadt Leipzig seit vielen Jahren. Zwei Beispiele: Die LEVG soll eigentlich das Gelände der Alten Messe entwickeln, musste aber den Neubau der Zwickauer Straße – eine städtische Aufgabe – kreditfinanziert selbst durchführen. Weiterhin die Anteilsveräußerung bei den Stadtwerken: Leipzig verkauft, gibt das Geld aus, übergibt den verbleibenden Anteil ihrer Finanzholding LVV – nicht wie üblich und vernünftig als Einlage, sondern als abzuzahlendes „Gesellschafterdarlehen“. Den Rückkauf der Anteile muss die LVV dann noch kreditfinanziert selbst leisten. Unterm Strich tragen die Stadtwerke nun nicht nur die Kosten des Nahverkehrs (50

Mio. EUR jährlich), sondern auch noch Verzinsung und Abzahlung ihres eigenen Wertes an die Stadt. Dafür werden mal eben 26 % Eigenkapitalrendite verlangt – „unverschämte“ und „gierige“ würde man das bei einem privaten Unternehmen nennen. Mit der Finanzierungskrise der LVV wird die Verletzung der schlichten Regel evident, dauerhaft nicht mehr Geld auszugeben als einzunehmen.

Der OBM scheint mit seiner Devise „Alles ist Stadt“ den Eskalationsmechanismus nicht begriffen zu haben. Es hilft dem Organismus Stadt eben nicht, aus Scheu vor der bitteren Medizin „Ausgabenkürzung“ die Krankheit „Haushaltsdefizit“ zu verschleppen und damit noch seine Organe (städtische Unternehmen) krank zu machen. Exemplarisch hierfür: die geplanten Auflagen an die LVV, einschließlich der Verkäufe von HL-Komm und perdata. Reicht der Verantwortungshorizont des OBM nur bis zur angestrebten Wiederwahl? Natürlich ist es für Politik und WählerInnen (auch für Bündnisgrüne) viel angenehmer,

Geld auszugeben, als es einzusparen. Der Protest gegen Kürzungen ist immer lauter als der gegen unseriöse Haushalte. Doch objektiv führt nur ein Weg zur finanziellen Gesundheit: Städtische Ausgaben müssen nachhaltig den Einnahmen angepasst werden – der umgekehrte Weg bleibt Illusion. Gleichzeitig muss jedes notwendige städtische Unternehmen als autonome Einheit finanziell gesund erhalten werden. Wird das Missverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht behoben, sind alle Geldbeschaffungsmaßnahmen nur süßes Gift.

Der Kämmerer hat leider die Chance versäumt, mit seinem Amtsantritt im März die verheerende Finanzsituation der Stadt schonungslos offenzulegen. Das hat das Klima des Wegschauens in den drei großen Fraktionen im Stadtrat noch gefördert: Sie haben mit den Baubeschlüssen zum Lindenauser Hafen, zur Kongresshalle, zum Thomas-Alumnat und zum Parkhaus Zoo unbekümmert nicht vorhandenes Geld ausgegeben.

Leipzigs an den Schienenfernverkehr zu sichern. Die Stadtverwaltung hat sich nach langen internen Debatten dazu durchgerungen, Zustifterin der **Stiftung Friedliche Revolution** zu werden. Als Beitrag hat die Stadt Leipzig einen einmaligen Betrag von 150 T EUR in die Stiftung eingelegt. Daran ist aber die Bedingung geknüpft, dass der Oberbürgermeister dem Kuratorium der Stiftung angehört. Die Stiftung Friedliche Revolution war im Jahr 2009 zum 20. Jubiläum der '89er

Verschlechterung der Anbindung Leipzigs steht in Zusammenhang mit dem Bau der Schnellfahrstrecke Nürnberg–Erfurt–Leipzig/Halle, deren Sinn von Bündnis 90/Die Grünen generell bezweifelt wird. Es muss vor allem darum gehen, die Anbindung Leipzigs für den Zeitpunkt zu sichern, wenn die Strecke einmal fertig sein sollte (frühestens 2017). Mit einer entsprechenden Anfrage möchten wir klären, ob die Stadt und konkret der Oberbürgermeister alles in seiner Macht Stehende tut, um eine gute Anbindung

Neues aus dem Stadtrat

Mit dem neuen Fahrplan der Deutschen Bahn wird sich in Leipzig die Fernverkehrsanknüpfung an den **ICE-Verkehr** deutlich verschlechtern. Es ist zu befürchten, dass sich dies negativ auf die Bedeutung Leipzigs als Kongress- und Messestadt auswirken könnte. Darauf wurde – auf unsere Initiative hin – bereits in der Ratsversammlung im April in einer Erklärung der Fraktionsvorsitzenden und des Oberbürgermeisters verwiesen. Die

Ereignisse gegründet worden. Die Stiftung will den Geist der Friedlichen Revolution wach halten und in die Zukunft tragen. Sie wird den Finger dort in die Wunde legen, wo ungerecht und undemokratisch gehandelt wird. Sie möchte Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, nach einem fairen Wirtschaftssystem stellen sowie Demokratie gerade für junge Menschen erlebbar machen und sie für politisches Engagement begeistern. Fragen kann man sich dann doch, warum die Stadt Leipzig der Stiftung so spät beiträgt und nicht stolzen Bewusstseins Gründungsmitglied war.

Für die Erstattung der **Kosten der Unterkunft** (KdU) wurde 2005 mit der Einführung der neuen Sozialgesetzbücher durch die Stadtverwaltung Leipzig eine Nettokaltmiete von 3,85 EUR/qm festgelegt. Seit geraumer Zeit weisen die Vermieter darauf hin, dass sie mit dieser Erstattung langfristig nicht mehr wirtschaftlich arbeiten können und etliche auf KdU angewiesene Mieter können Mehrkosten für eine angemessene Wohnung nicht mehr dauerhaft aus ihrem Regelsatz bestreiten. Wir haben nun einen Antrag gestellt, die Angemessenheit der Leistungen zu den KdU zu überprüfen und nach der Auswertung der Prüfung die Festlegung dem Stadtrat zur Entscheidung zu übergeben. Das Ziel unserer Fraktion ist es, durch die Vermeidung von Umzügen und daraus folgenden Segregationserscheinungen einen größtmöglichen Beitrag zur Erhaltung des sozialen Friedens in der Stadt zu leisten. Die Übernahme von Wohnkosten muss finanziell, auch für die Stadt Leipzig, möglich sein.



Der Leipziger Stromspar-Check ist ein Beratungsangebot für einkommenschwache Haushalte, um Möglichkeiten für Strom- und Wassereinsparungen im privaten Haushalt aufzudecken. Dazu gibt es neben der Beratung kostenlos Einspargeräte wie schaltbare Steckdosenleisten, Energiesparlampen und Strahlregler für den Wasserhahn. Träger des Projektes in Leipzig ist der Caritasverband Leipzig e. V. Eingespart Nebenkosten für Strom und Wasser verbleiben im Haushaltsgeld. Kontakt: stromspar-check@caritas-leipzig.de

Havarie im Dezernat Kultur – der Kapitän übernimmt das Ruder

von Ansgar Maria König



Nun ist es also passiert, anderthalb Jahre Michael Faber als Kulturbürgermeister an der Pleiße reichten aus, um seine offensichtliche Überforderung vorläufig darin enden zu lassen, dass der OBM ihm die Zuständigkeit für die großen musikalischen Eigenbetriebe entzog.

Dieser Schritt war überfällig. Gerade jetzt, wo überall substanzielle finanzielle Einschnitte drohen und die hoch subventionierte Kultur besonders betroffen ist, fehlte nicht nur jegliche Konzeption aus dem Rathaus, sondern das Kulturdezernat tat sich immer wieder durch besonders irre Spekulationen und Vorschläge hervor. Genannt sei nur das unsägliche Herumlavieren zum Thema Naturkundemuseum. Besonders schwierig macht die Situation, dass es an vielen Stellen brennt, wir aber einen Kulturbürgermeister haben, der in wichtigen Fragen schweigt, weil er offensichtlich nichts zu sagen hat. Andererseits verbreitet er persönliche Geschmacksäußerungen durchaus medienwirksam. Nun ist der OBM gefragt, und die Aufgabe dürfte nicht leicht werden. Augenblicklich stehen Einsparungen von 1,2 Mio. EUR für die großen Häuser zur Debatte, ohne dass jemand eine Vorstellung davon hat, woher man sie nehmen soll. Die CDU schaut derweil schon mal auf den riesigen Haushalt der Oper, da muss doch was zu machen sein ... Aber wie immer sollte man genau hinschauen, 48 Mio. EUR Haushalt sind zwar ein riesiger Posten, rechnet man aber die 10 Mio. EUR für die Musikalische Komödie ab, bleiben nur noch 38 Mio. EUR.

Damit ist die Leipziger Oper das Haus mit dem niedrigsten Haushalt der Opernhäuser in der Opernkonzern. Zum Vergleich: Die Stuttgarter Oper z. B. hat 95 Mio. EUR und die Dresdner Staatsoper 58 Mio. Die Opernkonzern als Zusammenschluss der größten deutschen Opern einigte sich z. B. auf gemeinsame Honorarober- aber auch Untergrenzen. Alle künstlerisch Beschäftigten werden angepasst an das jeweilig spielende Orchester bezahlt. Die Sachlage ist hochkomplex und mit Schnellschüssen, wie die CDU sie mit ihrem Antrag für eine Zusammenführung der städtischen Theater (Centraltheater,

Oper, Theater der Jungen Welt) in eine GmbH gerade macht, kaum zu lösen. Positiv kann man aber bewerten, dass überhaupt erst einmal eine Diskussion über die Strukturen der Leipziger Kultur in Gang kommt.

Immer wieder schwirren Privatisierungs-ideen durch Raum und Zeit, und vielleicht wären solche Ideen in besseren Zeiten auch sinnvoll. Aber Kulturbetriebe wie die Oper sind durchaus mit Wirtschaftsbetrieben vergleichbar. Solange sie nicht eine gesunde finanzielle Basis haben, braucht man eigentlich gar nicht über eine Privatisierung reden, denn ohne schwerwiegende substanzielle Verluste ist ein solcher Schritt gar nicht möglich.

Spannenderweise ist bei den jetzigen Vorschlägen der CDU nie die Rede vom Gewandhaus. Da es wirtschaftlich wie künstlerisch gesund ist und auf höchstem Niveau arbeitet, kommen Diskussionen zu diesem Haus gar nicht auf. Gern schmückt man sich mit dem Aushängeschild Gewandhaus. Noch nie habe ich die Größe des Orchesters, das immerhin das größte der Welt ist, hinterfragen hören. Wenn allerdings über die Struktur der Kultur in Leipzig geredet werden soll, kann das Gewandhaus als wichtigster Mitspieler nicht tabu sein. Das oft betonte Leipziger Modell mit seinen Kompromisslösungen kommt hier an seine Grenzen. Ein Ausspielen von Häusern gegeneinander ist nicht nur unfair, sondern hilft auch nicht weiter. Denn wer weiß schon, wer das nächste Opfer ist? Ich trete dafür ein, gemeinsam Lösungen zu finden – auch die Vorschläge der CDU beinhalten sinnvolle Ansätze. Ausgehen muss dieser Prozess aber vom Rathaus und vom OBM, damit die Kultur nicht parteipolitisch auf der Strecke bleibt. Der OBM muss Lösungen finden, die gerecht sind und den großen Kultureigenbetrieben der Stadt die Möglichkeit geben, erfolgreich zu arbeiten.

Wir haben als Bündnisgrüne Fraktion einen Antrag im Verfahren, der eine externe Prüfung und Untersuchung der Struktur der Kultureigenbetriebe vorsieht. Dies könnte als Basis dienen, Strukturen zu ändern und auf ein solides Fundament zu setzen. Wenn dann noch eine kluge und verantwortungsvolle Personalpolitik dazu kommt, könnte es uns gelingen, Leipzigs Ruf als Kulturstadt zu wahren, zu festigen und deren Zukunft zu sichern.

Ein Ende mit Schrecken oder ein Schrecken ohne Ende?

von Wolfram Leuze

Die Sächsische Gemeindeordnung enthält in § 56 Abs. 2 eine Regelung, die vernünftig scheint und doch viele Missverständnisse erzeugt. Die Vorschrift im Wortlaut: „Die Beigeordneten (Bürgermeister) werden vom Gemeinderat je in einem besonderen Wahlgang gewählt. Sieht die Hauptsatzung mehrere Beigeordnete vor, sollen die Vorschläge der Parteien und Wählervereinigungen nach dem Verhältnis ihrer Sitze im Gemeinderat berücksichtigt werden.“

CDU, SPD, DIE LINKE. und alle bisherigen Oberbürgermeister empfanden diesen Passus der Gemeindeordnung als Rechtfertigung, das Fell der Bürgermeisterposten unter sich zu verteilen. Dabei spielte die Parteizugehörigkeit bei der Auswahl der Bewerber oft eine wichtigere Rolle als die jeweilige Qualifikation des Bürgermeisterkandidaten. Dieses Verfahren ist nun bei der Wahl des Bürgermeisters für Kultur im Mai vergangenen Jahres endgültig gegen die Wand gefahren.

Nein, der – damals von dem Landtagsabgeordneten Dr. Külow (DIE LINKE.) – gepuschte und gewählte Kandidat der Linken, Michael Faber, ist ein gebildeter Mann und hat ohne Zweifel seine Verdienste um das Verlagswesen in Leipzig. Es soll auch nicht bestritten werden, dass er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Kultur in Leipzig eingesetzt hat.

Es ist ihm aber in seiner nunmehr ein- einhalb Jahre währenden Tätigkeit als Kulturbürgermeister nicht – und sei es nur ansatzweise – gelungen, ein klares kulturpolitisches Profil dafür zu gewinnen, wofür er in der Kulturpolitik Leipzigs steht und wie er Kultur in Leipzig gestalten will. Selbst die Gegner einer Abwahl Michael Fabers müssen eingestehen: „Kulturbürgermeister Michael Faber hat in seiner Amtsführung Fehler begangen. Ein Teil davon ist seiner fehlenden Verwaltungspraxis geschuldet.“

Ungewollt verweisen sie damit auf die entscheidende Schwäche von Faber: fehlende Verwaltungserfahrung, verbunden mit der Unfähigkeit, einen Fettnapf nur einmal zu betreten. Von seinen zumeist publizistisch dokumentierten Pannen seien stellvertretend nur drei genannt:

- Bereits vor seiner Wahl bescheinigte er der Freien Szene in Leipzig: *Sie habe zumeist keine überregionale Ausstrahlung, sei weniger ein kultureller als vielmehr ein sozialer Raum. Sie habe vor allem die Funktion eines Kompensationsraumes für Problemgruppen.* (aus der LVZ vom 30. März 2009)
- Während seiner gesamten Amtszeit war das Centraltheater für Michael Faber ein Ärgernis. In einem Beitrag vom 10. November 2010 stellt dazu die Süddeutsche Zeitung fest: *„Skandalös in Leipzig ist allein die Kulturpolitik. Besagter Kulturdezernent, der das Theater nicht mag, Michael Faber, beugte sich nämlich gerade kurzfristigen Sparanforderungen der Landesregierung in Höhe von 2,5 Millionen Euro, die nicht nur das Centraltheater, sondern auch die Oper und das Gewandhausorchester ruinieren würden.“*
- Die gesamte – bewusste oder unbewusste – Insensibilität Fabers gegen die Befindlichkeiten unserer Stadt kumuliert in seiner Äußerung zur Bedeutung der Friedlichen Revolution am 9. Oktober 1989. So schrieb LVZ-online am 23. September 2010: *„Faber habe geäußert, dass 1989 nur ein Jahr in der 1000-jährigen Geschichte Leipzigs sei.“*

Leider haben sich somit unsere Zweifel bei der Wahl Michael Fabers zum Kulturbürgermeister bestätigt, seine auf Vorschlag des Oberbürgermeisters von SPD und DIE LINKE. unterstützte Wahl war damals schon wenig vielversprechend. Mitglieder der CDU-, SPD-, Bündnis 90/Die Grünen-, FDP- und Bürgerfraktion haben nun die Reißleine gezogen und die Abwahl Michel Fabers auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gestellt. Seine vorzeitige Abwahl ist an hohe Hürden gebunden, denn nur bei schwerwiegenden und irreparablen Zerwürfnissen zwischen dem betroffenen Bürgermeister und dem Stadtrat soll es zu einer vorzeitigen Beendigung des Dienstverhältnisses kommen.

Es muss heute festgestellt werden: Das Vertrauensverhältnis zwischen dem überwiegenden Teil des Stadtrates und dem Bürgermeister für Kultur erscheint nachhaltig und irreparabel zerstört. Dieser Vertrauensverlust gefährdet mit der Kultur das Flaggschiff der Stadt. Deshalb gilt auch hier: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Neues aus dem Stadtrat

Im Tauziehen um den **Neubau der Markthalle** ist immer noch kein Fortschritt öffentlich wahrnehmbar. Nachdem der Stadtrat der Verwaltung genehmigte, zunächst vorab eine Gesamtnutzung des Areals am Leuschnerplatz zu planen, nutzt diese nun diese Vorgabe weidlich aus, um in scheinbar unendlichen Diskussions- und Planungsprozessen das ungeliebte Bauprojekt immer weiter zu verschleppen. Neuen Druck dürfte das Wirtschaftsdezernat erzeugt haben, als es in den Haushaltsplan 2011 die Einnahmen aus dem Grundstücksverkauf i. H. v. 2 Mio. EUR eingestellt hat. Das ist Anlass für uns, wieder das Engagement in dieser Frage zu verstärken.

Das überraschend hohe Ruhestandsgehalt für den zum Jahresende auscheidenden LVB-Geschäftsführer Wilhelm Georg Hanss (Pension von 200 T EUR/Jahr) war für uns der Anlass, einen Antrag zur **Offenlegung von Geschäftsführervergütungen** aus dem Jahr 2005 erneut aus der Schublade zu holen. So wie bereits damals fordern wir auch jetzt, dass die Geschäftsführervergütungen bei städtischen Beteiligungen und Eigenbetrieben offengelegt werden sollen. Damals scheiterten wir mit diesem Anliegen im Stadtrat. Die Aufregung über die Vergütungen von Herrn Hanss, vor allem aber der Skandal bei der KWL lassen uns aber hoffen, diesmal mehr Zustimmung der anderen Fraktionen zu bekommen. Die beiden Fälle zeigen immerhin, dass unsere fünf Jahre alte Begründung immer noch aktuell ist und wir sie nicht einmal anpassen mussten: Bereits 2005 beklagten wir eine „dringend verbesserungswürdige Vergütungs- und Kontrollhierarchie bei den städtischen Unternehmen.“ Damals wie heute sind wir der Meinung, dass „bei kommunalen Gesellschaften die Öffentlichkeit ein berechtigtes Interesse daran hat zu erfahren, welche Vergütungen aus kommunalem Vermögen an die einzelnen Geschäftsführer gezahlt werden.“ Und nicht zuletzt würde uns mehr Transparenz auch unsere Arbeit in den Aufsichtsräten der kommunalen Unternehmen erleichtern.

Save me und Fair Trade Town

von Katharina Krefft



Dass er trotz eigener Probleme über den Tellerrand schauen kann, hat der Leipziger Stadtrat zuletzt zweimal bewiesen: Gemeinsam mit den Stimmen von DIE LINKE. und SPD wurde für die Unterstützung der Save-me-Kampagne und unseren Antrag „Leipzig – Stadt für gerechten Handel“ entschieden.

„Save me – Flüchtlinge aufnehmen“ wird nun von 33 Städten unterstützt. Die Kampagne soll das Elend der Flüchtlinge aufzeigen, die ausweglos in Aufnahmelagern feststecken, und die Bundesregierung dazu bewegen, sich am internationalen Resettlement, also der Wiederansiedlung von Flüchtlingen hierzulande, zu beteiligen.

Das was geht, zeigte zwischen April 2009 und April 2010 die Aufnahme von 2.500 der 30.000 Flüchtlinge aus dem Irak, die sich nach Syrien und Jordanien gerettet hatten. Beide Staaten sind mit dem Flüchtlingsstrom hoffnungslos überfordert. Die Aufnahme ist eine Solidaritätsadresse an die Region, das Hohe Flüchtlingskommissariat konnte in der Folge Verbesserungen für die zurückgebliebenen Flüchtlinge erreichen. Auch Pakistan, wohin Afghanen sich flüchteten, Tansania, wo Gestrandete aus dem Kongo überleben, oder Iraner der grünen Revolution, die sich in die Türkei retteten: Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen will nach teilweise über zehn Jahren endlich die Lager auflösen und den Menschen eine dauerhafte Perspektive eröffnen.

Denn die Konflikte in den Herkunftsregionen lassen sich trotz internationaler Missionen nicht lösen. Der Westen ist zwar schnell drin, aber Frieden schaffen ist eine langwierige Angelegenheit. Deutschland muss sich verbindlich am Resettlement beteiligen und dafür die gesetzliche Grundlage schaffen. Leipzig sagt ja zum internationalen Flüchtlingsschutz!

Fair Trade Town

Leipzig bewirbt sich um den Titel „Fair Trade Town“. Die weltweite Kampagne will zu einer bewussten Konsumhaltung ermutigen und für die globalen Zusammenhänge sowie die eigene Verantwortung im Handel sensibilisieren. Kleidung aus Bangladesch, Blumen aus Äthiopien, Keramik aus China – wir nutzen täglich Waren aus aller Welt, doch die Produktionsbedingungen sind ihnen nicht anzusehen.

Der faire Handel fördert Standards für die ArbeiterInnen, unterstützt Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und lässt Entwicklung und demokratische Teilhabe entstehen. Durch biologischen Anbau hilft er, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Der Ratsbeschluss ist das erste Kriterium auf dem Weg zur Fair Trade Town. Die Gründung einer Steuerungsgruppe, das zweite Kriterium, ist in Vorbereitung. Hier wird die weitere Arbeit koordiniert, um die übrigen Kriterien zu erfüllen, nämlich: regelmäßige Pressearbeit, eine nach Einwohnerzahl bemessene Anzahl von Lokalen und Geschäften, die mindestens zwei fair gehandelte Produkte anbieten, und die Beteiligung von mindestens einer Schule und einem weiteren gesellschaftlichen Akteur. Sie sollen den langfristigen Erfolg sicherstellen und in Projekten unterstützen. Denkbar wäre die Beteiligung eines Sportvereines, der mit fair produzierten Bällen spielt, ein Lehrerkollegium, das fairen Kaffee genießt, oder eine Kantine, die „fair schmeckt besser“ kocht. Leipzig hat hier schon so viel zu bieten, dass der Titel nächstes Jahr überreicht werden kann. Das Besondere an Leipzig: Die Steuerung wird von der Zivilgesellschaft übernommen. Koordiniert vom EineWelt e. V. beteiligen sich der Ökolöwe, das Missionswerk und engagierte BürgerInnen, auch die IHK und die Niederlassung von Contigo haben ihr Interesse an aktiver Unterstützung bekundet.

www.fairtrade-towns.de
www.save-me-kampagne.de
www.katharina-krefft.de

Neues aus dem Stadtrat

Im kommenden Jahr wird Deutschland im „Zensus 2011“ neu gezählt. Was vor biblischen 2000 Jahren die Volkszählung war, zu der sich Maria und Josef auf eine weite Reise begeben mussten, war zwar aufwändig, aber nicht vergleichbar indiskret wie die heutige Erhebung. Die Bundesregierung greift auf die Melderegisterauskünfte zurück und erhebt darüber hinaus weitere Daten direkt von den Befragten. Für den o. g. Zensus werden die Interviewer mit einem umfangreichen Fragebogen in die Haushalte von ca. 1/3 der Bürger Deutschlands kommen. Falls man sich deren Verlangen, detaillierte Auskünfte zu geben verweigern sollte, drohen Bußgelder (Zensusgesetz 2011). Beim Verfahren gibt es noch ganz erhebliche Missstände: Die Daten sollen beispielsweise nicht sofort nach einem Abgleich wieder gelöscht, sondern für vier Jahre gespeichert werden. Außerdem unterliegen die erhobenen Daten keiner strikten Zweckbindung. Im Gesetz fehlt bislang jede Gewähr, dass die von den Statistikbehörden gesammelten Daten nur durch diese verarbeitet und nicht an andere Behörden weitergegeben werden.



Es ging uns darum einen Schatz zu retten. **Der Waldkindergarten**, das pädagogische, naturnahe Konzept für „Stadtkinder“, hat in Leipzig viele Freunde und wurde mit dem Agenda-Preis ausgezeichnet. Als der beim Fröbel e. V. beheimatete Schleußiger Waldkindergarten sein Revier verlassen musste und die Suche nach einem konzeptkonformen, waldnahen Verbleib des Kindergartens ein sommerlicher Wettlauf mit der Zeit wurde, nahmen wir das zum Anlass, die Verwaltung jetzt festzulegen. Diese ist nun beauftragt, alle für Waldkindergärten geeigneten Liegenschaften in Leipzig aufzuzeigen und bestehende Einrichtungen und Initiativen in der Standortfindung zu beraten und zu unterstützen.

Auf geht's in eine neue Zeit! Oder: das gläserne Rathaus!

von Ingo Sasama

In den letzten Jahren wurde viel in Richtung Öffnung, Transparenz und bürgerfreundlicheres Rathaus getan – nicht zuletzt durch unser anhaltendes massives Drängen. Jetzt geht es aber um mehr: Die Bürgerin und der Bürger sollen nicht mehr BittstellerIn, sondern Anspruchsberechtigte für Informationen sein. Eine „Satzung zur Informationsfreiheit für die Stadt Leipzig“ soll her! Eine Revolution in der Verwaltung ...

Sächsische Kommunen sind befugt, Informationsfreiheitsatzungen für Angelegenheiten ihrer jeweiligen eigenen Wirkungskreise zu erlassen. Mit einer solchen von uns jetzt im Stadtrat vorgeschlagenen Satzung, zu der unser aktives Beiratsmitglied Tim Elschner entscheidende Zuarbeiten lieferte, wird allen interessierten BürgerInnen Zugang zu allen Vorgängen in der Kommune ermöglicht, die öffentlich gemacht werden können. Die Vorgänge in der kommunalen Verwaltung werden so für alle BürgerInnen transparent und nachvollziehbar. Die Satzung gewährt jeder Person einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen. Ein begründetes Interesse ist dabei nicht notwendig, wie es bisher der Fall war. Eine amtliche Information ist jede Aufzeichnung, welche amtlichen Zwecken dient. Die Art der Information reicht von Auskünften über Akteneinsicht bis zur Übersendung von Kopien oder z. B. dem Hören eines Tonbandes. Damit gewährt die Informationsfreiheit den BürgerInnen Einsicht in alle öffentlichen Informationen, welche nicht zurückgehalten werden müssen (wie das z. B. zum Schutz von besonderen öffentlichen Belangen oder behördlichen Entscheidungsprozessen, dem Schutz personenbezogener Daten oder des geistigen Eigentums und Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen der Fall sein kann).

Warum wurde der Baum gefällt, wie wird der Verkehr bei dem neuen Supermarkt abgewickelt, der mir gegenüber gerade gebaut wird, welche Priorität hat die Sanierung meiner Straße, und was wird es kosten, wie ist die Wasserqualität meines Badesees, welche Nutzungen sind für die AGRÄ vorgesehen und, und, und ...?

Informationen, die zur Zeit oft nur über uns Stadtratsfraktionen erfragt werden können, können sich die interessierten BürgerInnen nun direkt in der zuständigen Verwaltungsstelle besorgen.

Die Behörde, die über die begehrten Informationen verfügt, entscheidet über die Anträge und muss diese einzelfallbezogen prüfen. Der Antrag kann schriftlich, mündlich oder in elektronischer Form gestellt werden. Er muss klar erkennen lassen, auf welche Informationen er gerichtet ist. Einzige Voraussetzung für die Gewährung des Informationszuganges ist somit die Stellung eines möglichst konkreten Antrags. Weitere Formalien sind nicht zu beachten. Die Kosten für die Zurverfügungstellung der Informationen kann die Kommune dem Antragsteller berechnen, das Angebot soll kostendeckend sein.

Dies stellt einen Paradigmenwechsel dar. Das Prinzip, dass behördliche Informationen grundsätzlich nicht öffentlich sind, kehrt sich um in das Prinzip, dass behördliche Informationen grundsätzlich öffentlich zugänglich sein müssen. Diese Abkehr vom Amtsgeheimnis führt dazu, dass Informationsgesuche Dritter künftig nicht einfach pauschal zurückgewiesen werden können. Stattdessen muss grundsätzlich Zugang zu den gewünschten Informationen gewährt werden. Damit stoßen wir die Tür zu einer modernen Verwaltung weit auf.

Bekannte Einwände wie die Gefahr von Missbrauch oder die Veröffentlichung von vertraulichen Informationen sind nicht nur durch die Praxis in Bund, Ländern und zahlreichen Kommunen widerlegt, wo ein solches Gesetz bzw. solch eine Satzung schon verabschiedet wurde, es stehen hier ja auch die oben genannten gesetzlichen Regelungen entgegen.

Informationsfreiheit ist ein demokratisches Kontroll- und Mitgestaltungsrecht für alle BürgerInnen. Wo Transparenz und Bürgernähe in der Verwaltung fehlen, besteht ein Demokratiedefizit. Dieses gilt es zu beseitigen. Eine aktive Bürgergesellschaft setzt das Interesse und das Engagement der GemeindegängerInnen an allen Entscheidungen der Gemeindepolitik vor-

aus. Engagement kann aber nur auf der Basis umfassender Information gedeihen. Es gilt das Prinzip: Was der Bürgermeister weiß, wissen auch die Stadträte. Und was die Stadträte wissen, wissen auch die BürgerInnen. Dieses Prinzip führt zu einem Klima der Offenheit in der Kommune und beugt Konflikten vor. Ob sich der Stadtrat und die „träge Diva“ Stadtverwaltung trauen, mit uns in eine neue Zeit zu gehen, werden wir sehen ...

Neues aus dem Stadtrat

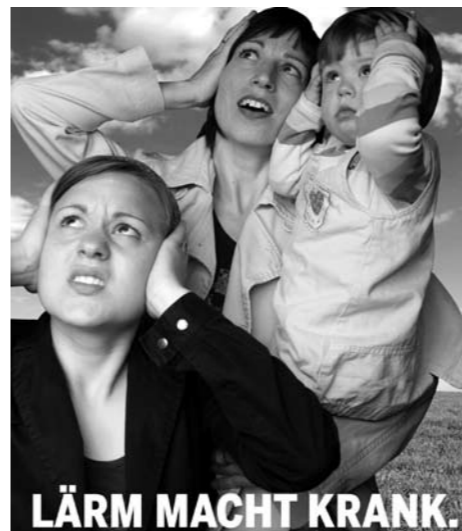
Um die Stelle eines länderübergreifenden **Fluglärmbevollmächtigten** zu schaffen, hat der Stadtrat im September 2010 den Oberbürgermeister beauftragt, sich bei den Landesregierungen der Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt einzusetzen. Unser eigentlicher, ursprünglicher Antrag hatte ein weitergehendes Ziel, nämlich für den Flughafen Leipzig/Halle eine unabhängige Beauftragtenstelle zu schaffen, die vom Flughafen bezahlt werden sollte, die aber in der Stadtverwaltung Leipzig angesiedelt wäre. So haben andere Flughafenkommunen erfolgreich eine Mittlerstelle installiert, die zwischen den BürgerInnen und allen Beteiligten am Luftverkehr (Flughafen, Fluggesellschaften, Deutsche Flugsicherung, Behörden etc.) vermitteln und Abhilfemaßnahmen unnötiger und vermeidbarer Lärmereignisse ausloten soll. Dieser Vorschlag ging den anderen Fraktionen jedoch zu weit.



Derzeit ist ein Antrag unserer Fraktion im Verfahren, der erreichen will, dass die Stadt Leipzig ihren Einfluss in der ARGE wahrnimmt und einen **fairen Umgang mit jungen, säumigen Arbeitslosen** einfordert. In Leipzig werden überdurchschnittlich viele junge

Hört nur, wie lieblich es schallt ... Weihnachten am Flughafen Leipzig/Halle

von Oliver Fanenbruck



Kaum ein Mensch bleibt in Deutschland von Lärm verschont. Berechnungen des Umweltbundesamtes zeigen, dass etwa 13 Mio. Bundesbürger mit Geräuschpegeln belastet sind, die deutliche lärmbedingte Gesundheitsrisiken und zunehmende Schlafstörungen verursachen. Gerade nächtlicher Fluglärm spielt dabei eine besondere Rolle, denn er treibt das Infarktisiko in die Höhe. Fluglärm ist eine der größten und gleichzeitig am meisten unterschätzten Umweltbelastungen für den Menschen. So gaben etwa 40 % der Teilnehmer einer Online-Umfrage des Umweltbundesamtes an, sich durch Luftverkehrslärm hochgradig bzw. wesentlich belästigt zu fühlen. Gerade bei kalten Witterungen muss nun der Anrainer des Fracht- und Militärdrehkreuzes Leipzig/Halle wiederholt die Erfahrung machen, dass die jah-

Arbeitslose mit Sanktionen durch die ARGE belegt (10 % bei den unter 25-Jährigen gegenüber 3,2 % bei den 25-64-Jährigen), die den Aufforderungen und Regeln bei Meldungen und Vermittlungen gar nicht oder verspätet nachkommen. Diese Sanktionen bedeuten teilweise, dass die Regelleistungen nach ALG II für bis zu drei Monate vollständig eingestellt werden. Auch der Krankenversicherungsschutz kann betroffen sein. Die Sanktionen sollen mittels erzieherischem Druck die Aufnahme einer Arbeit durchsetzen, allerdings ungeachtet der Würde und der Mitgestaltung durch die Jugendlichen. Für eine Änderung der Sanktionspraxis gibt es auch eine bundesweite Initiative.

reszeitlich bedingten Witterungseinflüsse („Schallwetter“) und das erhöhte Frachtaufkommen zur Weihnachtszeit die ohnehin schon große Lärmbelastung nochmals deutlich anheben.

Wie zahlreiche epidemiologische Studien der vergangenen Monate zeigen, kann Fluglärm erhebliche Gesundheitsschäden verursachen. So stellte etwa Professor Eberhard Greiser in einer groß angelegten Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes dar, dass Frauen über 40, die tagsüber einer Fluglärmbelastung von mindestens 60 Dezibel ausgesetzt sind, ein fast doppelt so hohes Risiko haben, wegen einer Herz-Kreislauf-Erkrankung in einer Klinik behandelt werden zu müssen, als Frauen aus Wohngebieten ohne Fluglärm. Bei Männern dieser Altersklasse steigt das Erkrankungsrisiko der Studie zufolge um 69 %. Bei Frauen wurden zudem höhere Risiken für Brustkrebs und Leukämie festgestellt. Das Risiko für einen Herzinfarkt steigt für Flughafenanrainer besonders dann, wenn auch nachts geflogen wird. Gründe genug, Siedlungsgebiete möglichst überhaupt nicht zu überfliegen und unvermeidbar Betroffene so zu entschädigen, dass sie sich anderenorts wieder die Lebensqualität schaffen können, die sie vor dem Flughafen ausbauen hatten.

So war es vom Leipziger Stadtrat nur folgerichtig, den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung eines Mediationsforums mehrheitlich zu unterstützen. In diesem Gremium sollen zentrale Fragestellungen der Fluglärmproblematik zwischen AnwohnerInnen und Verursachern sachlich diskutiert und einvernehmlich einer Lösung zugeführt werden. Bereits im Mai 2010 konnte als Fachreferent Herr Faulenbach da Costa gewonnen werden, der seit über 25 Jahren in 40 Ländern erfolgreich Flughäfen plant. Er legte zunächst anhand der offiziellen Zahlen dar, dass alle geplanten Flugbewegungen am Airport Leipzig/Halle in den nächsten 20 Jahren auch problemlos auf einer einzigen Start- und Landebahn hätten abgewickelt werden können – und stellte damit indirekt die Notwendigkeit des etwa 500 Mio. EUR teuren Airportausbaus im Jahr 2007 in Frage. Der Experte machte zudem eine Reihe einfach zu realisierender Vorschläge zum aktiven Lärmschutz, die von uns

bereits aufgegriffen und in einen Antrag gegossen wurden:

- Die Start- und Landebahnen sowie Start- und Landeswellen sollten tages- oder wochenweise versetzt genutzt werden, um den direkten Anrainern des Flughafens planbare Ruhezeiten zu ermöglichen.
- Enge An- und Abflugkorridore verhindern, dass dicht besiedelte Strukturen großflächig verlärm werden.
- Die Anflugkorridore könnten entlastet werden, indem der Anflugwinkel von 3° auf 3,5° angehoben wird. Während in London-Heathrow bei einer Landebahn von nur 1.200 Metern Länge ein Anflugwinkel von 5,6° vorgegeben ist, wird in Leipzig im Endanflug bisher ein Gleitwinkel von 3° genutzt. Größere Anflugwinkel von Flugzeugen wurden inzwischen auf 86 europäischen Airports mit der Absicht realisiert, in der Anflugphase auf den Airport weniger Siedlungsflächen in geringer Höhe überfliegen zu müssen.
- Durch eine Verbesserung der vorhandenen Lärmschutzwände ließe sich der Bodenlärm in unmittelbarer Flughafennähe reduzieren.

Die mögliche Umsetzung dieser z. T. geringfügigen Schallschutzmaßnahmen – die nebenbei auch keinen einzigen Arbeitsplatz kosten würden – ist allerdings auch bei mehrheitlicher Unterstützung im Stadtrat eher unwahrscheinlich. Während der Freistaat Sachsen fast 77 % der Anteile an der Mitteldeutschen Airport Holding AG hält, entfallen auf die Flughafenstadt Leipzig gerade mal magere 2 %. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt auf „ihren“ Flughafen sind also ausgesprochen gering.

Der sächsische Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Sven Morlok, vertritt den Freistaat im Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Airport Holding und zeigte dabei bisher unumwunden, dass ihm wenig an einer Befriedung der widerstreitenden Interessen um den Leipziger Airport gelegen ist. So wurde bisher nicht einmal die sich stur stellende Tochter der Airport Holding, die Flughafen Leipzig/Halle GmbH, angewiesen, sich am Mediationsforum zu beteiligen. Morloks Verhalten nährt zum wiederholten Male den Verdacht, dass die Dresdner Staatsregierung die erhöhten Gesundheitsrisiken der Leipziger Flughafenanrainer den wirtschaftlichen Interessen ihres hoch subventionierten Airports unterordnet.

Ich will hier rein! – Probleme um geschlossene Schulbibliotheken

von Michael Schmidt



In der Ratsversammlung am 18. November 2010 wurde ein Antrag unserer Fraktion mit großer Mehrheit verabschiedet, der auf eine gescheiterte Petition des Stadtschülerrats zurückging und sich für eine Erhaltung von Leipziger Schulbibliotheken einsetzt.

Der Stadtschülerrat wies zu Schuljahresbeginn sehr berechtigt auf die unbefriedigende Situation an Leipzigs Schulen hin, wo derzeit eine bunte Mischung von Betreuungsarten an Schulbibliotheken vorzufinden ist. So werden 16 Bibliotheken mittels Arbeitsgelegenheiten durch die Stadt und 17 mittels AGH betreut, welche

durch die Fördervereine beantragt wurden. 29 Bibliotheken werden mit anderen Maßnahmen unterhalten, so im Rahmen der Ganztagsangebote mit Honorarverträgen, durch ehrenamtliche Helfer, Praktikanten, Zivildienstleistende und Lehrer. 25 Schulbibliotheken und Leseräume werden zurzeit gar nicht betreut und stehen für die Nutzung nicht zur Verfügung. Gerade Letzteres ist nicht akzeptabel.

Mit der Entscheidung der Ratsversammlung wird einerseits das Schulverwaltungsamt aufgefordert, Schulbibliotheken weiterhin mit gefördertem Personal auszustatten, um deren Nutzung für die SchülerInnen sicherzustellen. Schulfördervereine sind mit Hilfe der schulbibliothekarischen Stelle bei den Förderanträgen maßgeblich zu unterstützen. Da perspektivisch eine einheitlichere sach- und fachgerechte Betreuung der Schulbibliotheken gefunden werden muss, soll zudem im zweiten Quartal 2011 im Rahmen eines Workshops mit anderen Städten nach einem Best-Practice-Modell gesucht werden, das dann in Leipzig Anwendung finden kann.

Weiterverwenden statt Wegwerfen – Fraktion initiiert den Leipziger Verschenkemarkt

von Roland Quester

Zu schade für den Abfall? Was für den einen nutzlos ist und weggeworfen werden soll, kann ein anderer vielleicht noch gebrauchen. Oft wissen aber beide nichts voneinander. Um die Interessenten zusammenzubringen, gibt es in vielen deutschen Städten eine Internetseite: den Verschenkemarkt. Dort kann jeder einfach und kostenlos privat suchen, tauschen und verschenken. Ob Möbelstück, Elektrogeräte, Skier oder anderes noch gebrauchsfähiges Gut – einfach ein Biete oder Suche eintragen und schon können sich andere Interessenten darauf melden. Bedingung: Es wird verschenkt oder vertauscht und nicht gegen Geld veräußert. Nach dem wir diese Plattform entdeckt hatten, haben wir



sie dem Eigenbetrieb Stadtreinigung Leipzig als sinnvolles Engagement zur Abfallvermeidung auch für Leipzig vorgeschlagen und gleich noch ein Angebot des Anbieters der Internetplattform mitgeliefert. Dann ging es schnell und unkompliziert. Nach einer kurzen internen Prüfung durch die Stadtreinigung wurde die Internetseite beauftragt und wenige Wochen später freigeschaltet. Unter www.leipzig.internet-verschenkmarkt.de können jetzt auch die LeipzigerInnen ihre Gebrauchsgegenstände einer neuen Nutzung zuführen. Was wäre nur im Umweltschutz möglich, wenn alle Verwaltungsstellen so zielorientiert und zügig arbeiten würden wie in diesem Fall...?

Die Rahmenbedingungen, die in den vergangenen Jahren den Betrieb der Schulbibliotheken bestimmten, haben sich mittlerweile verändert. Arbeitsgelegenheiten wurden auf sieben bzw. sechs Monate verkürzt. Entsprechend können Betreuungskräfte nach einer Schulung und Einarbeitung durch die schulbibliothekarische Stelle nur für einen sehr kurzen Zeitraum eingesetzt werden, was einer kontinuierlichen Unterhaltung der Leseräume entgegensteht bzw. diese enorm verkompliziert. Gerade auch Fördervereine benötigen in der Antragstellung geförderter Stellen somit noch stärkere Unterstützung als bisher.

Hinsichtlich der Finanzierung ist aber auch der Freistaat in die Pflicht zu nehmen. So muss die Bildungsagentur ihren Teil beitragen, indem sie LehrerInnen die Möglichkeit bietet, Betreuungszeiten in Schulbibliotheken und Leseräumen abzurechnen, und somit für die nötige bessere personelle Ausstattung von Schulen sorgt.

An Berufsschulen sind die geschlossenen oder nur für wenige Wochenstunden öffnenden Bibliotheken ein riesiges Problem, weil viele gering entlohnte Berufsschüler keine Alternativen haben, um an die meist teure Fachliteratur zu kommen. Diese aber brauchen sie zum Lernen, um ihre Ausbildung erfolgreich abzuschließen. Und an Grundschulen sind die Leseräume und Bibliotheken gerade auch für Kinder wichtig, die in ihren Familien über wenige oder keine Bücher verfügen und denen zu Hause das Lesen nicht näher gebracht wird.

In diesem Zusammenhang sei an die Worte von Sachsens Kultusminister Wöllner (CDU) erinnert, der zu Schuljahresbeginn sagte: „In jede Zuckertüte gehört ein Buch. Wer sich die Welt der Buchstaben gerade erst mit viel Energie und Köpfchen erschließt, der braucht interessante Bücher, die Freude und Spaß beim Lesenlernen wecken“, so Wöllner. „Lesen macht schlau, und jedes Kind, das wir mit Büchern erreichen, wird es in Zukunft ein Stück einfacher in der Schule haben.“

Nachdem sich Leipzigs StadträtInnen für eine klare Priorisierung zugunsten der Schulbibliotheken ausgesprochen haben, bleibt zu hoffen, dass sich die Stadtverwaltung schnellstmöglich um eine personelle Ausstattung der geschlossenen Bibliotheken bemüht und nach neuen Modellen der zukünftigen kontinuierlichen Unterhaltung sucht.

RB-Trainingszentrum am Cottaweg – alles auf Grün?

von Norman Volger



Schaut man sich die derzeitige Debatte um den Bau des RB-Trainingszentrums am Cottaweg an, könnte man sich fragen: „Was wollen die Grünen denn? Haben die was gegen RB und das Trainingszentrum?“

Jein muss hier die Antwort lauten. RB wünschen wir viel Erfolg, und auch der Bau des Trainingszentrums scheint trotz der Lage in einem Landschaftsschutzgebiet und der Nähe zu einem FFH- und Vogelschutzgebiet nicht unmöglich. Warum also „meckern“ die Grünen hier nur rum?

Gerade weil am Cottaweg durch den Bau eines Trainingszentrums Naturschutzaspekte tangiert werden, ist der Verfahrensablauf so wichtig. Weder RB noch der Stadt kann daran gelegen sein, den Eindruck zu erwecken, hier würden Naturschutzbelange einfach so übergangen. Ein solcher Kurs ist konfrontativ und könnte das Projekt gefährden. RB kann man hierbei aber eigentlich keinen Vorwurf machen. Unabhängig davon, wie der Einzelne zum Thema Fußball und Kommerz steht, haben wir hier zunächst einen Verein, der mit viel Geld ein Trainingszentrum errichten will. Wenn die Stadt dann auch noch Flächen in der Nähe des Stadions anbietet, ist das für RB umso besser. Und wenn dann

auch im nächsten Sommer schon einige Trainingsplätze beispielbar sind, wäre das für RB nahezu perfekt.

Hier kommen wir aber zum Problem. Bürokratie nach deutscher und europäischer Gesetzeslage mahlt nun mal nicht so schnell. Trotzdem scheint die Stadtverwaltung einen Weg gefunden zu haben, mittels einer Baugenehmigung und der Einteilung in zwei Bauabschnitte das Verfahren zu beschleunigen. Würde man einen normalen Bebauungsplan erstellen, wie für den zweiten Bauabschnitt vorgesehen, wäre eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach Gesetzeslage zwingend notwendig. Und die benötigt Zeit – Zeit, die RB nicht hat. Daher offerierte die Stadt eine Lösung, nach der ein Teil der Bauvorhaben über eine Baugenehmigung verwirklicht werden soll. Hierbei wurden Stellungnahmen der Umweltverbände eingeholt, die auch für diesen Teil eine UVP als nötig ansehen. Die Stadtverwaltung tat diesen Einwand aber ab und meinte, es sei nicht nötig, da relevante Beeinträchtigungen nicht zu erwarten wären. Nur leider bräuchte man, um das wirklich beurteilen zu können: eine UVP.

Dass die Umweltverbände darüber nicht glücklich sind, kann sich jeder vorstellen. Zumal es eben ein Bauvorhaben in einem ökologisch sensiblen Gebiet ist. Es verwundert also auch nicht, dass die Umweltverbände jetzt, nach diesem Affront, auf Konfrontationskurs gehen. Dabei können die Umweltverbände das Bauvorhaben vielleicht nicht verhindern, aber zumindest verzögern und medial beschädigen. Daran kann weder RB noch die Stadt interessiert sein. Kluges Agieren der Stadtverwaltung sieht anders aus.

Wenn ich schon Zeitdruck habe, dann ist es das Gebot der Stunde, nicht gegen gesellschaftliche Akteure Politik zu machen, sondern sie mitzunehmen. Bauvorhaben gegen den Widerstand aus der Bevölkerung durchzudrücken endet in gesellschaftlicher Spaltung. Das hat uns „Stuttgart 21“ gelehrt. Hier ist es aber noch nicht zu spät, eine gemeinsame Lösung zu finden, welche die Interessen von RB und den Umweltverbänden ausgleicht.

Neues aus dem Stadtrat

Nachdem die Verwaltung im Oktober 2009 dem Stadtrat zwar Energieausweise für die städtischen Liegenschaften vorgelegt, darin jedoch keine inhaltlichen Aussagen zu Modernisierungsvorschlägen und energetischer Verbesserung der Gebäude gemacht hatte, forderten wir per Antrag explizit **Energieeinsparungen in kommunalen Liegenschaften** ein. Bei einigen Gebäuden lassen sich enorme Fortschritte bei der Nutzung von finanziellen und energetischen Einsparpotentialen erzielen. Die Investitionskosten der energetischen Sanierung lassen sich dabei durch die entstehenden Energie- und damit Kosteneinsparungen schnell refinanzieren (Intracting).

So würden sich z. B. die Kosten für eine Wärmedämmung der Dächer des Centraltheaters bereits nach ca. drei Jahren amortisieren. Der Stadtrat ließ sich mehrheitlich von diesen Argumenten überzeugen, und nun erwarten wir von der Verwaltung in Umsetzung des Beschlusses eine Vorlage mit objektbezogenen energetischen Modernisierungsvorschlägen und deren (begründeter) Priorisierung sowie eine entsprechende Anpassung des städtischen Intractingprogramms.



Gratulation!

Wir gratulieren und freuen uns mit Katja Potowsky, ihrem Mann und Sohn Leon über die Geburt ihrer Tochter und Schwester Luzie im Oktober. Der Familie wünschen wir Glück, Gesundheit und Zufriedenheit – und eine familienfreundliche Stadtpolitik.

Während Katjas Elternzeit wird die Geschäftsstelle von Daniel von der Heide komplettiert.

Streichungen? – Über die Schwierigkeit sich einzusetzen für das, was uns wichtig ist ...

von Annette Körner

Weniger Kinder- und Jugendzentren, ein Naturkundemuseum ohne Perspektive, Reduzierung der Umweltbildungsarbeit – wer will dies verantworten? Welche Ergebnisse wird unsere aktuelle Haushaltsdebatte angesichts der finanziellen Zwänge bringen? Nur Einsparungen oder auch ein Umsteuern? Sie sind eingeladen zu einem Exkurs in ausgewählte Abwägungen, der zeigen soll, wie stark auch unsere Ideale auf den Prüfstand gestellt werden. Und vielleicht melden Sie sich ja auch selbst in diesen Wochen zu Wort ...?



Seit 20 Jahren gestalten wir grüne Politik, sowohl beachtet als auch bekämpft und heute mit stärkerem Zuspruch als je zuvor. Unsere politischen Ziele, persönlichen Erfahrungen und realen Möglichkeiten bilden unsere Motivation. In Haushaltsdebatten stehen wir allerdings jährlich vor nüchternen Zahlen, über die zu entscheiden ist. Es gibt Ausgaben, die wir uns nicht mehr leisten können, aber es gibt auch Streichungen, die an die Substanz gehen. Und so sind wir in diesem Jahr nicht nur erneut gefragt, Ideen zu entwickeln, damit sich Leipzig nicht noch mehr verschuldet und den Haushalt formal genehmigt bekommt, sondern wir müssen uns auch fragen, wo droht „Substanzverlust“.

Wenn Stadträte mehrheitlich Straßenreparaturen nach Wintereskapaden zustimmen, ebenso der fortlaufenden Stadtplanung, und auch (nicht immer in unserem Sinne) bereit sind, Konjunkturmittel einzusetzen, wo es nur geht, bleibt an anderer Stelle offen, was zur Substanz in unserer Gesellschaft zählt. Die vielfältige Kulturlandschaft kämpft bereits seit Jahren und hörbar um Beachtung. Die Stadtverwaltung berichtet auch stolz über ihre steigende Finanzierung von Kita-Plätzen. Übereinstimmend wurde einst der Jugendhilfeplan erstellt, der den konkreten Bedarf an Einrichtungen feststellt. Und Leipzig wird überregional gewürdigt, aktiv einen Agenda-21-Prozess für eine nach-

haltige Entwicklung zu steuern. Passen dazu Schließungen von offenen Treffs, Zuschussreduzierungen an Freie Träger oder auch jährliche Kürzungen in der Umweltbildung?

Konkret müssen wir uns fragen: Sollen Kinder nicht mehr die fantasievollen Angebote im Jugendtreff Halle 5 annehmen dürfen? Scheitert die zentrale Villa in der Lessingstraße an ihren nicht mehr geförderten Betriebskosten? Wird die Arbeit im neuen Domizil des Jugendzentrums vom Bachviertel e. V. missachtet? Und wer interessiert sich wirklich dafür, dass durch Kürzungen des Freistaates sowie der Stadt Jugendhilfeprojekte in ihrer Existenz gefährdet sind, obwohl sie gesetzlichen Aufgaben entsprechen? Werden wir das Naturkundemuseum retten und entwickeln können? Und wiegen nicht viel zu viele Stadträte zu all diesen Fragen in diesem Jahr bedenklich und resigniert den Kopf ob des angekündigten Defizits und des angesagten Sparzwangs?

Haushaltsverhandlungen gleichen einem Mittelstreckenlauf: zu kurz, um sich langsame Beschaulichkeit leisten zu können, und zu lang, um sich überstürzend hineinzuerwerfen. Letztendlich entscheiden Mehrheiten und dies hoffentlich gut aufgeklärt und nach intensivem Überlegen und Verhandeln.

Wenn ich mich für konkrete Vereinsprojekte einsetze, dann habe ich geprüft, ob diese meine Zustimmung erhalten sollen. Auf dem knappen Haushalt zu verweisen reicht für mich nicht aus, um Arbeit, die ich für wichtig für unsere Stadt halte, „auf Null“ zu setzen. So halte ich beispielsweise auch den Großteil der Jugendhilfeprojekte und der Umweltbildung für Klein und Groß in unserer Stadt für substanziell und die geplanten Kürzungen für inakzeptabel. Doch werden Anträge zum Erhalt der Einrichtungen Erfolg haben? Wie viele Chancen zum Verhandeln haben wir in solchen Einzelpositionen, wenn keine Mehrheiten für Deckungsquellen zu finden sind?

Viele Fragen heute, aber vielleicht regen diese Sie an, selbst Stellung zu beziehen und Ihre Meinung an den Stadtrat zu senden.

Neues aus dem Stadtrat



Unser Antrag zur Bestellung eines öffentlichen **Naturschutzbeirats** ist nach heftigen Debatten dann doch beschlossen worden. Die Debatten waren so kontrovers, weil wir, anders als die bisherige Praxis, einen öffentlichen Beirat verlangten, der den bestehenden Beirat nach Sächsischem Naturschutzgesetz ablösen soll. Unser erklärtes Ziel war es, mit diesem Antrag den Diskussionsprozess im Naturschutz zwischen Verwaltung, Politik, Umweltverbänden und BürgerInnen transparent und besser abgestimmt zu machen. Die Verwaltung hat mit dem Beschluss nun den Auftrag, dem Stadtrat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie der neue Naturschutzbeirat mit angemessener Beteiligung der aktiven Natur- und Umweltschutzvereine und -verbände aufgestellt sein wird.

Erfüllt von der warmen Sommersonne beschloss der Stadtrat in seiner Augustsitzung unseren Antrag für die Einrichtung weiterer **Sitzgelegenheiten in der Innenstadt**. Der Mangel an Sitzgelegenheiten war durch den Wegfall der Umgrenzungsmauer am Bildermuseum im Zuge der Umbauung noch verschärft worden. Nun ist der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, ob weitere Sitzgelegenheiten eingerichtet werden können und dies dann möglichst zu veranlassen. Dafür sollen extra Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

In dem Streit um die Sanierung der Grünfläche am Thomaskirchhof zeigen sich aber die Probleme bei der Umsetzung. Um die Sanierung zu finanzieren, wollte die Verwaltung einen Teil der Fläche an einen anliegenden Gastronomen verpachten. Auf den öffentlichen Druck hin, hat dieser aber sein Angebot inzwischen zurückgezogen.

Das Ganze stammt aus der universitären Forschung und wurde in den letzten beiden Jahren mit diversen Innovations- und Wirtschaftspreisen bedacht. Forscher entwickelten Computerprogramme, die Geodaten berechnen und auf Karten das Potenzial der Dächer für Solaranlagen wiedergeben. Die Daten werden gewonnen, indem ein Gebiet überflogen wird. In die Berechnung fließt ein, wie groß Dachflächen im Gebiet sind, welche Neigung und Himmelsausrichtung sie haben und wie sich die Summe von direkter und diffuser Sonneneinstrahlung für jede Dachfläche darstellt. Dabei werden auch der Sonnenstand im Jahres- und Tagesverlauf und die Verschattung berücksichtigt. Auf den Internetseiten der Kommunen kann man dann auf der Stadtkarte sehen, welche Dachflächen sich für Solaranlagen zur Wärme- oder Stromerzeugung eignen. Gekoppelt mit Marktdaten von Leistungsprofilen und den Kosten von Solaranlagen können sogar einzeldachbezogene Empfehlungen zu Modultypen und erste Wirtschaftlichkeitsanalysen dargestellt werden. Sinn und Ziel eines solchen frei einsehbaren Katasters

Die Sonne über Leipzig Solardachpotenzial-Kataster zur Förderung von Solarenergienutzung und regionaler Wirtschaft

von Roland Quester

Osnabrück war 2008 die erste Stadt „mit“. Potsdam hat es gerade freigeschaltet. Berlin kurz zuvor. Hamburg auch. Dresden folgt demnächst. In Baden-Württemberg haben es zwei Landkreise für alle ihre Gemeinden erstellen lassen. Für über 150 Kommunen zeigen mittlerweile sogenannte Solardachpotenzial-Kataster im Internet für alle ihre Dachflächen deren ganz konkrete Eignung bzw. Nicht-Eignung für die wirtschaftliche Installation von thermischen oder photovoltaischen Solaranlagen. Unsere Fraktion hat es für Leipzig beantragt, da unsere Stadt im bundesweiten Vergleich über überdurchschnittlich gute Sonneneinstrahlungswerte verfügt. Doch die Verwaltung, die so gerne die „Energietropole Leipzig“ proklamiert, tut, was sie immer tut, wenn es um Solartechnik geht: nichts.

Das neue Ranking der Bundesländer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zum Einsatz erneuerbarer Energien sieht Sachsen ganz am Ende der Skala: „Bei den Anstrengungen zur Nutzung der erneuerbaren Energien bildet Sachsen eindeutig das Schlusslicht ... Die Vorbildfunktion ist in Sachsen relativ schwach ausgeprägt. Die gesellschaftliche Akzeptanz erneuerbarer Energien und die Zufriedenheit mit der Landes- und Kommunalpolitik [zu diesem Thema] sind in Sachsen im Vergleich der Bundesländer am geringsten.“ Wahrscheinlich haben die Forscher ihre Erhebung direkt in Leipzig gemacht. Im Dezember stimmt nun der Stadtrat darüber ab, ob Leipzig doch ein Solardachkataster bekommt.

ist es, Hauseigentümern den ersten Schritt abzunehmen: die für sie aufwandfreie Beantwortung der Frage, ob sich auf ihrem eigenen Dach eine Solaranlage lohnen würde. Ein Klick auf die Webseite sagt ja oder nein. Und das motiviert



	sehr gut geeignet	> 95% der in Osnabrück möglichen Sonnenstrahlung
	gut geeignet	> 81 - 94% der in Osnabrück möglichen Sonnenstrahlung
	bedingt geeignet	> 75 - 80% der in Osnabrück möglichen Sonnenstrahlung
	ungeeignet für Photovoltaik	
	keine Daten aus der Scannerbefliegung vorliegend	

Auszug Solardachpotentialkataster-Plan Osnabrück

für die deutschen Kommunen einen Jahresertrag von 6,8 Mrd. EUR. Leipzig hat nicht nur viel Sonne und den Anspruch, „Energietropole“ zu sein. Leipzig hat ein Klimaschutzprogramm, ein Wirtschaftsknoten Energie und Umwelttechnik, die Messe Enertec (auf der im kommenden Januar auch Anbieter von Solardachkatastern Standmiete zahlen werden), bald eine erste Solarfabrik und, und, und. Nur eines hat Leipzig nicht: eine Stadtverwaltung, die mit all dem etwas anfangen kann. Nicht nur, dass sie mehrere eigene Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden vergeigt und mehrere Jahre benötigt hat, um eine brauchbare Satzung für die Verpachtung städtischer Dachflächen für Photovoltaikanlagen zu verfassen. Auch jetzt zeigt sie einfach nur lähmendes Desinteresse. 50 T EUR für so ein Kataster hätte man nicht, sagt der offizielle Verwaltungsstandpunkt zum Antrag. Dass es sich um Wirtschaftsförderung handelt, sieht man nicht. Das andere Kommunen so ein Kataster auch mit oder ganz über Drittmittel finanziert haben, soweit beschäftigt man sich gar nicht damit.

Anmerkungen zu den »Leitlinien zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig«

von Bert Sander (WVL)



Auch wenn derzeit gerne auf der Anti-MultiKulti-Welle geritten wird, auch wenn heute sogenannte MultiKultis mit geradezu garstiger Freude als Peace-and-Love-Weicheier gemobbt werden, auch wenn mittlerweile selbst die Kanzlerin vor dem populistischen Blödsinn wie »Deutschland schafft sich ab« einknickt (Angela Merkel: »Der Ansatz für MultiKulti ist gescheitert, absolut gescheitert!«) –, es hilft alles nichts, die multikulturelle Gesellschaft ist keineswegs am Ende, sie ist fester Bestandteil deutscher Alltagskultur – allen Stammtischpointen über etwaige deutsche Leitkultur zum Trotz.

Der 1. Satz in der Präambel der »Leitlinien zur Integration« lautet: »Leipzig ist traditionell eine weltoffene und tolerante Stadt.« Gerade weil diese Tradition ein hohes Gut für die Kommune darstellt, liegen uns die »Leitlinien« besonders am Herzen, heißt, wir werden genau auf das schauen, was an Änderungen und Ergänzungen eingebracht wird.

Die CDU-Fraktion im Leipziger Stadtrat hat einige Änderungsvorschläge in die Debatte eingebracht, die im Ergebnis zu bestimmten Formulierungen im aktuellen Entwurf der »Leitlinien« geführt haben:

- Präambel, 2. Absatz, 1. Satz: »Ausgangspunkt der Integrationspolitik der Stadt Leipzig ist die Anerkennung des Grundgesetzes und der darauf aufbauenden gemeinsamen freiheitlich-demokratischen Normen und Regeln.« Wie bitte? Mit Verlaub, aber das ist Quatsch mit Soße. Man kann wohl getrost davon ausgehen, dass eine Behörde, die nicht das Grundgesetz anerkennt, niemals in diesem Staat tätig werden dürfte. Der Satz ist sprachlich vollkommen misslungen, was peinlich hoch zwei ist, zumal deshalb, weil er in einem Papier »passiert«, in

dem permanent die Beherrschung der deutschen Sprache eingefordert wird.

- Wie durch den in den Leitlinien unmittelbar nachfolgenden Satz deutlich wird, ist doch offensichtlich etwas anderes gemeint, nämlich, dass die Migranten das Grundgesetz anzuerkennen haben, heißt es doch: »Auf diesem Fundament [Anerkennung des Grundgesetzes] können unterschiedliche Traditionen, Religionen und Lebensauffassungen gelebt werden.« Aber auch diese Aussage geht schief. Sie missachtet nämlich die Tatsache, dass jeder Mensch, ob nun Aus- oder Inländer, seine Kultur lebt – er kann auch gar nicht anders, denn Lebenskultur ist kein Kleidungsstück, das je nach Bedarf an- oder abgelegt werden kann, anders gesagt, Kultur hängt jedem Menschen auf natürliche Weise an, ist seine »zweite Natur« – ein Zusammenhang übrigens, den das deutsche Grundgesetz berücksichtigt (vgl. über Allgemeine Handlungsfreiheit Art. 2, Abs. 1; über Religionsfreiheit Art. 4, Abs. 1 und 2). Das Grundgesetz stellt sich schützend vor alle in Deutschland lebenden Menschen. Und außerdem, es ist doch völlig klar, dass derjenige, der sich in Deutschland aufhält, der hier geltenden Gesetzgebung verpflichtet ist und natürlich nicht etwa der Scharia.
- 3. Absatz, letzter Satz: »Dabei gilt der Grundsatz des Forderns und Förderns.« Anders herum wird ein Schuh draus, also: »Fördern und Fordern« – oder wollen die Leitlinien hinter die Maßgaben der Bundesregierung zurückfallen? (Vgl. »Leitidee der Integrationspolitik«, 4. Integrationsgipfel, 2010.)
- Im Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird folgende Aussage eingefordert: »Der Vielfalt sind aber Grenzen gesetzt.« Der Satz klingt so altbacken wie »Ich verstehe ja viel Spaß, aber irgendwann ist mal Schluss«. Und außerdem, nicht der Vielfalt, nein, der Freiheit, der Willkür sind Grenzen gesetzt (vgl. hierzu Kants »Kategorischen Imperativ« – immerhin ja wohl unverzichtbarer Bestandteil vermeintlich »Deutscher Leitkultur«).
- Weiter: »Eltern haben zu akzeptieren, dass ihre Kinder befähigt werden,

STADTRAT LIVE

Mit der nächsten Ratsversammlung im Januar (19. Januar ab 14 Uhr) wird die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen live und immer aktuell auf unserer Webseite über den Verlauf und die Ergebnisse der Abstimmungen ausgewählter, besonders bedeutsamer Entscheidungen berichten. Vorab kann die Tagesordnung der Ratsversammlung auf unserer Webseite eingesehen werden – danach die zusammengefassten Ergebnisse. Wir nehmen gerne Anregungen und weiterführende Kritiken zum neuen Angebot entgegen.
Also: Klicken Sie sich ein!

die deutsche Sprache zu verstehen und anzuwenden.« Warum in Gottes Namen dieser gestrenge, übellaunige Ton, wenn doch in Leipzig nicht ein einziger Fall bekannt ist, in dem Eltern ihre Kinder am Erlernen der deutschen Sprache hindern hätten. Warum also dieser voreilige Verdacht, der so tut, als sei »Gefahr im Verzug«. »Ehrliche Willkommenskultur« jedenfalls klingt anders.

Neues aus dem Stadtrat

Bei der von uns beauftragten Weiterentwicklung des »Cafe Richter« (jetzt Kaffee-Verkaufsladen in wunderbar historischem Ambiente) zu einem historischen Kaffeehaus hat die Verwaltung kläglich versagt. Statt die geschätzten 200 T EUR zu investieren, die sich schon kurzfristig über höhere Mieteinnahmen refinanzieren hätten und die als dauerhafte Mehreinnahme erhalten geblieben wären, musste sie jetzt im Stadtrat einräumen, weder diesen Weg noch den über einen privaten Investor ermöglicht zu haben.

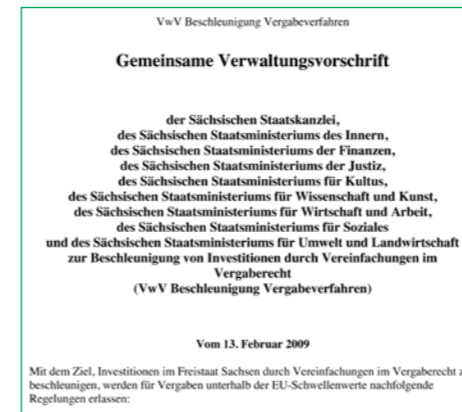
Dies wurde dann mehrheitlich von den Stadträten abgesegnet. Symptomatisch für deren kurzsichtige Denkweise möge hier Stadtrat Herrmann (DIE LINKE.) zitiert werden, der unter heftigstem Nicken des OBM meinte, dass man dieses Geld doch lieber in Schulen und Kitas investieren solle. Dass man mit den zu erwartenden größeren Einnahmen viel mehr in Schulen und Kitas investieren könnte – soweit reicht das betriebswirtschaftliche Denken leider nicht.

Bestehende Risiken bei der Umsetzung des Konjunkturprogramms II

von Arnold Winter (WVL)

Das Konjunkturprogramm II wurde von der Bundesregierung ins Leben gerufen, um die Konjunkturschwäche schnell zu überwinden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass insbesondere bezüglich der termingerechten Fertigstellung und Abrechnung der Vorhaben des Konjunkturpaketes noch einige Hürden genommen werden müssen.

Durch den Freistaat Sachsen wurde dazu die Verwaltungsvorschrift zur Gewährung von Zuwendungen für Infrastrukturmaßnahmen der Kommunen (VwV KommInfra 2009) erlassen. In dieser Verwaltungsvorschrift sind neben den Zuwendungsvoraussetzungen u. a. auch das Antragsverfahren, das Bewilligungskontingent und der Nachweis der Verwendung festgelegt.



Bei der weiteren Abarbeitung der Maßnahmen bestehen sowohl zeitliche als auch finanzielle Risikofaktoren. So müssen der Endtermin des Bewilligungszeitraumes (31. Juli 2011) eingehalten und der Verwendungsnachweis bis spätestens zwei Monate nach Ende des Bewilligungszeitraumes abgegeben werden. Die zeitlichen Probleme wurden vor allem durch die sehr späte Grundgesetzänderung des Artikels 104b (Finanzhilfen bei Investitionen) verursacht. Hinzu kommen nicht immer beeinflussbare Verzögerungen im Bauablauf aufgrund der Witterung oder anderer, nicht vorhersehbarer Ereignisse.

Auch ausschreibungsbedingte Probleme bei der Vergabe von Bauleistungen nach VOB können zu zeitlichen Verzögerungen

führen. Zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren wurde u. a. die »Verwaltungsvorschrift Beschleunigung Vergabeverfahren« vom 13. Februar 2009 erlassen. Die Regelungen dieser Verwaltungsvorschrift hat die Stadt Leipzig für die Vergabe von Leistungen nach VOB/A und VOL/A übernommen. Leider wurden als Folge der Vereinfachung nicht nur positive, sondern auch negative Erfahrungen gemacht. So hat sich z. B. bei freihändigen Vergaben sowie bei beschränkten Ausschreibungen oftmals nur eine ungenügende Anzahl von Bietern an einem Ausschreibungsverfahren beteiligt bzw. die abgegebenen Angebote mussten als nicht wirtschaftlich bewertet werden. Eine solche Sachlage führt zwangsläufig dazu, dass das Verfahren aufgehoben wird und die betroffenen Vorhaben sich damit zeitlich verzögern. Aufgrund dieser Erfahrungen musste man sich in den letzten Monaten im Vergabeverfahren wieder an der öffentlichen Ausschreibung orientieren.

Trotz großer Anstrengungen aller beteiligten Fachämter, der mit der Projektsteuerung extern beauftragten Ingenieurbüros und der entsprechenden Gremien verbleiben gewisse Risiken. Welche finanziellen Konsequenzen sich ergeben können, wenn Vorhaben nicht fristgerecht fertiggestellt bzw. nicht termingerecht abgerechnet werden, ist derzeit nicht absehbar.

Um das Konjunkturprogramm II erfolgreich umzusetzen, haben sich die Stadt Leipzig und die Kammern (IHK und HWK) mit einem gemeinsamen Schreiben an die betroffenen Unternehmer und Vertragspartner gewandt und auf den insgesamt straffen Zeitplan zur Umsetzung des Konjunkturpaketes verwiesen. Der gemeinsame Appell richtet sich an die Vertragspartner der Stadt Leipzig mit der Bitte, Vertragstermine einzuhalten, bei notwendigen Beschleunigungsmaßnahmen mitzuwirken, Abschlags- und Schlussrechnungen umgehend zu legen und Vertragsstreitigkeiten kurzfristig zu lösen. Es bleibt zu hoffen, dass das Handeln aller Beteiligten dazu beitragen wird, die Risiken zu minimieren und das Konjunkturpaket II zum Erfolg zu führen.

Modellprojekt motiviert zum Ausstieg

von Cordula Rosch



Seit fast einem Jahr ist in Lindenau, Leutzsch und Plagwitz ein Straßensozialarbeiter-Team Suchtzentrum gGmbH (SZL) unterwegs, an den vom Bürgerdienst und vom Ordnungsamt bereits ermittelten Trinkplätzen im EFRE-Fördergebiet. Dass die Idee dazu aus unserer Fraktion kam, soll hier nur am Rande erwähnt sein.

Möglicherweise erscheint diese Idee als nichts Erstmaliges oder Besonderes, tatsächlich gibt es bisher zwar aufsuchende Straßensozialarbeit für andere Problemgruppen, aber deutschlandweit nicht für alkoholabhängige Erwachsene. Täglich sichtbar sind die Gruppen Alkohol trinkender Männer und Frauen im Straßenbild an Ecken, bevorzugt an Tankstellen, in Parks und in der Nähe von größeren Einkaufszentren. Keiner fühlt sich zuständig. Passanten machen sich mit verbaler Ablehnung gegenüber den Trinkern und mit Meldungen bei Polizei und Ordnungsamt Luft.

Unsere Fraktion sieht darin aber kein Ordnungsthema, welches mit Wegräumen und polizeilichem Auftreten zu bewältigen ist. Stattdessen ist Alkoholabhängigkeit mit allen Folgen eine individuelle und, in der Masse der alkoholkranken Menschen in Deutschland, eine ernstzunehmende gesellschaftliche Tragödie. Die einen trinken feierlich den x-ten Sekt auf rotem Teppich, die anderen können sich den Stoff nicht mehr im Warmen leisten. Diese finden bei dem trinkenden »Eckensteher« sozialen Kontakt und einen Ort der Gemeinschaft. Doch eben diese Kontakte bestätigen das eigene Suchtverhalten und manifestieren es.

Der Ansatz des Modellprojektes „mobile streetwork“ zielt auf die Motivation und Mobilisierung der Betroffenen, damit diese aktiv an der Änderung ihrer Situation mitwirken. Am Beginn standen einige offene Fragen: Wird es Sozialpädagogen realistisch möglich sein, den Kontakt herzustellen? Werden die Informationen und Angebote für soziale Beratung und Hilfen geduldet und angenommen? Lassen die ausgeprägten Gruppenhierarchien solche Eingriffe zu?

Die Stadtverwaltung hatte die SZL Suchtzentrum gGmbH mit dem Projekt „Von der Straße ins Leben – aufsuchende Sozialarbeit für alkoholranke Erwachsene“ beauftragt. Die Projektmittel werden für zwei Jahre vom Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) für Stadtentwicklung gewährt, aufgestockt um einen städtischen Eigenanteil. Daraus ergibt sich die Begrenzung des Projektes auf das Sanierungsgebiet im Leipziger Westen. Aus Interesse an der Umsetzung unseres Antrags waren K. Krefft und ich Anfang Oktober mit der Projektleiterin verabredet. Ihr Bericht spricht von einer beachtenswerten Annahme des Angebotes durch die Zielgruppe. Die beiden Sozialpädagogen (w/m) haben über ihre regelmäßigen, zuverlässigen Besuche der Gruppen tatsächlich erfolgreich einen Zugang zu ihnen gefunden. Seitdem sind die Beratungsnachmittage des Teams der „mobile streetwork“ ausgelastet. Weiterführende Angebote werden schrittweise mit den Bereitwilligen umgesetzt. Das Projekt zeigt, dass die Nutzer der Trinkplätze aktivierende Unterstützung aus der Abwärtsspirale suchen.

Dafür wurden auch öffentlich wahrnehmbare positive Zeichen gesetzt. So beteiligten sich zahlreiche Trinkplatzbesucher am Frühjahrsputz der Stadt, indem sie ihre Standplätze und die Umgebung von ihrem und dem Müll anderer säuberten. Weil das allgemein so gut ankam, hat nun im Herbst eine zusätzliche Aktion stattgefunden. Das Team der „mobile streetwork“ arbeitet regelmäßig in einem Qualitätszirkel mit Vertretern der Stadt Leipzig (Gesundheitsamt, Allgemeiner Sozialdienst, Sozialamt), der Polizei und dem Ordnungsamt zusammen. Der Beschwerdeeingang ist innerhalb des Jahres 2010 um beachtliche 40 % zurückgegangen. Aus den angrenzenden Stadtteilen gibt es Anfragen von Händlern und Vermietern, ob das Projekt auf andere Problemgebiete (z. B. in Grünau am PEP) ausgeweitet werden

kann. Allerdings verbietet das die derzeitige EFRE-Förderrichtlinie. Für die Ausweitung auf Schwerpunktgebiete sollte eine Teilfinanzierung durch Vermieter und den Handel denkbar werden. Das Modellprojekt braucht Sicherheit, die über das nächste Jahr hinausgeht. Dazu müssen jetzt die Grundlagen bereitet werden.

Green IT und Open Source – viel erreicht, noch viel zu tun

von Daniel von der Heide



Auch wenn die städtische IT-Tochter Lecos im Bereich GreenIT schon viel erreicht hat (so erhielt Lecos z. B. einen Sonderpreis der Deutschen Umwelthilfe für den energieeffizienten Umbau des neuen Rechenzentrums), fehlte uns in dem, mittlerweile verabschiedeten, Betriebsleistungsvertrag zwischen der Stadt Leipzig und der Lecos GmbH die Festschreibung, dass bei Hardware-Standards, sowie bei Beschaffung und Ausschreibung Anforderungen an Energieeffizienz und Umweltschutz zu berücksichtigen sind.

Aufgrund unserer Anfragen zum Betriebsleistungsvertrag, die den Parteitagsbeschluss unseres Kreisverbandes umsetzten und in Hinblick auf GreenIT erweiterten, sowie des Einsatzes von Stadtrat Ingo Sasama im Ausschuss Allgemeine Verwaltung wurde ein entsprechender Passus vor der Abstimmung in den Vertrag aufgenommen.

Der Antrag der FDP, die Lecos mehrheitlich zu veräußern, wurde dagegen von allen anderen Fraktionen abgelehnt: aus unserer Sicht nicht nur, weil die erreichten Erfolge der Lecos u. a. im Bereich GreenIT damit

im Zweifel zunichte gemacht würden, sondern nicht zuletzt auch, weil eine politische Einflussnahme durch eine solche Privatisierung erschwert werden würde. Auch dass die IT-Dienstleistungen für die Stadt billiger würden, ist eine unbewiesene Behauptung. Denn für uns muss es im Bereich IT weitergehen, insbesondere in Hinblick auf die Erstellung einer kommunalen IT-Strategie 2011–2015.

Als Antwort auf unsere Anfragen erfuhren wir, dass es Untersuchungen zur Eignung von Open-Source-Programmen für die Verwendung in der Verwaltung gibt, deren Ergebnisse in die nun zu erstellende IT-Strategie der Stadt Leipzig eingehen sollen. Auch eine Umstellung der PC-Arbeitsplätze auf Thin Clients, die nur als Vermittler mit einem Server funktionieren, weniger eigene Bauteile (keine eigene Festplatte usw.) besitzen und deswegen wartungsärmer, zuverlässiger (weniger Teile, die kaputt gehen können), länger nutzbar und damit insgesamt ressourcenschonender sind, soll geprüft werden. Bei der Umstellung auf Thin Clients wären auch signifikante Kosteneinsparungen zu erwarten. Es wird unsere Aufgabe sein, die Prüfung kritisch zu begleiten und eine schnelle Umsetzung einzufordern sowie unsere Vorstellungen in die IT-Strategie der Stadt wirksam mit einfließen zu lassen.

Im Bereich Open Source ist Leipzig weit davon entfernt, nach Münchener Vorbild die Verwaltung weitestgehend auf das freie Betriebssystem Linux umzustellen. Aber zumindest die kleinen Schritte müssen getan werden: Wenn für die neue IT-Strategie eine Umstellung des Mail-systems vorgeschlagen wird, so kann nicht, scheinbar automatisch, die Wahl auf MS Outlook fallen (wie von der Unternehmensberatung KPMG vorgeschlagen), da hier bewährte Open-Source-Lösungen zur Verfügung stehen. Für die Fortschreibung der IT-Strategie für 2011–2015 muss der Fokus vielmehr darauf liegen, z. B. durch Rückgriff auf Open-Source-Programme die Abhängigkeit von einzelnen Softwareherstellern zu verringern.

Wünschenswert wäre auch die Umstellung der PC-Kabinette in den Schulen auf Thin Clients und eine Ausstattung mit und Unterricht über Open-Source-Programme. Hier wird allerdings zu prüfen sein, inwieweit in diesem Bereich überhaupt ein politischer Einfluss angesichts der Autonomie der Schulen möglich sein wird.

Homosexuelles Leben im Alter: Auf zu neuen Ufern

von Tim Elschner



Altern – also Älterwerden – ist ein langer Prozess, dem alle Menschen ohne Unterschiede ausgesetzt sind. Erfreulich: Der Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft steigt kontinuierlich. Alt und dabei lesbisch oder schwul – diese Kombination hat es jedoch auch heute noch in sich. Die Gefahr, im Alter wegen der sexuellen Orientierung ausgegrenzt zu werden, ist sehr groß. Aber auch unter Gleichgesinnten kommt es vor, dass Lesben und Schwule aufgrund ihres Alters ausgegrenzt werden.

In Leipzig leben aktuell schätzungsweise zwischen 5.800 und 11.700 gleichgeschlechtlich liebende Menschen im Alter ab 65 Jahren. Von ca. 1.500 pflegebedürftigen Lesben und Schwulen ist derzeit auszugehen. Da insbesondere die über 65-Jährigen eine Zeit der massiven gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Diskriminierung erlebt haben, kann es nicht verwundern, dass ältere, alte und hochbetagte Lesben und Schwule in der Öffentlichkeit kaum sichtbar sind. Nicht nur die kommunale Seniorenpolitik, auch Altenhilfe- und Pflegeeinrichtungen müssen deshalb reagieren: Auf die Lebenssituationen, Wünsche, Bedürfnisse und Probleme von Lesben und Schwulen muss eingegangen werden. Sie gilt es wahrzunehmen. Denn auch gleichgeschlechtlich liebende Menschen wollen im Alter und bei gesundheitlicher Einschränkung ihren eigenen Lebensstil weiter verwirklichen können, ohne die Befürchtung haben zu müssen, von den Hilfebringern benachteiligt oder aber von Gleichaltrigen ausgegrenzt zu werden. Diese bestehende Angst ist mit ein Grund dafür, warum auch heute noch Dienstleistungen von Pflegeeinrichtungen von Lesben und Schwulen so gut wie gar nicht angenommen werden. Die meisten Lesben und Schwulen sind außerdem der Meinung, dass die Pflege- und Altenhilfeeinrichtungen immer noch nicht kompetent genug mit ihren Bedürfnissen

umgehen. Hinzu kommt, dass bestehende traditionelle Einrichtungen nach wie vor ihre Angebote nicht deutlich erkennbar auch auf Lesben und Schwule ausgerichtet haben.

Deshalb hat die bündnisgrüne Stadtratsfraktion mit Lehrkräften und SchülerInnen hiesiger Pflegefachschulen, LeiterInnen von Altenpflegeeinrichtungen sowie interessierten BürgerInnen das Thema „Homosexuelles Leben im Alter – Forderungen an Politik und Pflegekräfte“ im November in einem stark besuchten Fachgespräch erstmals in Leipzig erörtert und diskutiert.

Im September 2010 hat der Stadtrat den Oberbürgermeister unter Mithilfe des Seniorenbeirates beauftragt, seniorenpolitische Leitlinien zu erarbeiten. Diese sollen Bestandteil des 3. Altenhilfeplanes 2010 sein und die unterschiedlichen Situationen von SeniorInnen in Leipzig widerspiegeln sowie Handlungskonsequenzen aufzeigen.

Bei der Vorstellung des neuen Altenhilfeplans wird die bündnisgrüne Stadtratsfraktion genau darauf achten, dass auch auf die Belange spezieller Zielgruppen wie älterer Menschen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung, mit Migrationshintergrund, mit Behinderungen und mit psychischen Erkrankungen in besonderem Maße eingegangen wird. Ihre Bedürfnisse wurden bislang in Leipzig nur unzureichend ermittelt. Dementsprechend fanden sie auch kaum oder keine Berücksichtigung.

WEIHNACHTSGRÜSS

Zeit für Gelassenheit, Mut zum Denken und Planen, Freude am Hier und Jetzt Unbehagen als Triebfeder und viel Liebe zum Verschenken – frohe Feiertage und einen angenehmen Jahreswechsel wünschen Ihnen Ihre StadträtInnen und MitarbeiterInnen der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratschlag kostenlos!

Möchten Sie den „RATSCHLAG“ regelmäßig mit der Post zugeschickt bekommen? Dann schicken Sie den ausgefüllten Coupon an: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig Stadt Leipzig · 04092 Leipzig

VORNAME, NAME

STRASSE

ORT

PLZ

oder senden Sie eine email an: GrueneFraktion@Leipzig.de

Impressum

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
Neues Rathaus / Zimmer 103

Martin-Luther-Ring 4 - 6
04109 Leipzig

Tel: 123-2179 / Fax: 123-2175
E-Mail: GrueneFraktion@leipzig.de
www.gruene-fraktion-leipzig.de

Konto für „Ratschlag“:
Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92
Konto-Nr. 1194900638

Redaktion:
Ingo Sasama (V.i.s.d.P.), Cordula Rosch,
Daniel von der Heide

Fotos und Abbildungen:
www.swl.de (S.1), comcores,
Fraktionsgeschäftsstelle

Druck:
Druckerei Hennig
04416 Markkleeberg
Magdeborner Straße 7

Auflage: 1.800



Wolfram Leuze
Jurist i. R.
Fraktionsvorsitzender
Jahrgang 1939
verheiratet,
2 erwachsene Kinder

Verwaltungsausschuss; Ältestenrat
Fachausschuss Kultur, Vorsitzender; Fachausschuss
Finanzen; Aufsichtsrat LVV; ZV Sparkasse



Annette Körner
Betriebliche
Umweltbeauftragte,
Geschäftsführerin
Förderverein UiZ
Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende
Jahrgang 1962
Diplom-Chemikerin,

Umweltbildungsmanagerin, 3 Kinder
Jugendhilfeausschuss / + UA; Umlegungsausschuss; AR LWB; ZV Sparkasse;
ZV Parthenaue; Migrantenbeirat



Roland Quester
Leiter der Leipziger
Umweltbibliothek
stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
Jahrgang 1965
Möbeltischler,
Umweltberater
Lebensgemeinschaft,
4 Kinder

Verwaltungsausschuss; FA Stadtentwicklung und
Bau, Vorsitzender; AR Stadtwerke; ZV Neue Harth



Katharina Krefft
Ärztin
Jahrgang 1978
verheiratet, 3 Kinder

FA Jugend/Soziales/Gesundheit und Schule
AR BBVL; AR St. Georg; AR Städt. Altenpflegeheime



Ingo Sasama
Fraktionsgeschäftsführer
Jahrgang 1960
verheiratet, 3 Kinder

Grundstücksverkehrsausschuss;
FA Sport; FA Allgemeine Verwaltung;
Petitionsausschuss; AR LWB; AR LECOS



Dr. Oliver Fanenbruck
Physiker
Jahrgang 1963
verheiratet
Grundstücksverkehrsausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss; FA Umwelt und Ordnung;

BA Stadtreinigung und Bestattungswesen;
AR Stadtwerke; AR Gewerbehof + Service GmbH
Zweckverband Abfallwirtschaft



Ansgar Maria König
Sänger
Jahrgang 1960
verheiratet, 4 Kinder

BA Kulturstätten; Bewertungsausschuss; FA
Wirtschaft und Arbeit; BA Gesundheit / Soziales
AR LVB; AR LEVG + LEVG & Co. KG



Malte Reupert
Bio-Landwirt und
Inhaber „Biomare“
Jahrgang 1970
Patchwork-Familie,
4 Kinder

Fachausschuss Finanzen; Fachausschuss Wirtschaft
und Arbeit; AR PUUL; AR LVV; ZV Planungsverband
Westsachsen; Kuratorium Leipziger Stiftung
für Innovation und Technologietransfer



Michael Schmidt
Arbeitnehmerberater
Jahrgang 1977
Lebensgemeinschaft,
2 Kinder

Jugendhilfeausschuss; Fachausschuss
Sport; Betriebsausschuss Gesundheit /
Soziales; AR Sportbäder; AR BBVL



Norman Volger
Geschäftsführer
DAKS e. V.
Jahrgang 1978
verheiratet, 1 Kind

Vergabeausschuss VOL; Fachausschuss Umwelt /
Ordnung; Fachausschuss Jugend/Soziales/Gesundheit
und Schule; AR Wasserwerke; Tierschutzbeirat



Bert Sander
(WVL)
Freiberuflicher
Lektor, Dozent
Jahrgang 1960
verheiratet, 2 Kinder

Fachausschuss Kultur; Fachausschuss Allge-
meine Verwaltung; Betriebsausschuss Kultur-
stätten; AR Zoo; ZV Kulkwitzer See



Arnold Winter
(WVL)
Beisitzer im
Fraktionsvorstand
Jahrgang 1941
Dipl.-Ing. Maschinenbau
(FH), Dipl.-Ing. Ök. (Uni)
verheiratet, 1 Sohn

Verwaltungsausschuss; Vergabeausschuss VOB;
Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau;
AR LVB; Beirat für integrierte Stadtentwicklung



Cordula Rosch
Referentin
Jahrgang 1968
Diplom-Religions-
Pädagogin (FH)
verheiratet, 3 Kinder

Stadtbezirksbeirat Südwest; Fachforum
Wohnhilfen; AG Recht auf Wohnen



Daniel von der Heide
Assistent
Jahrgang 1983
Student
Politikwissenschaft/
Mittlere und Neuere
Geschichte (M.A.)